

Roland Claus, 20.08.2010

Für die Tagung des Landesausschusses am 17. September 2010 (BASISKONVENT)

Programm-Entwurf der Partei DIE LINKE. Hier: OST-Deutschland

Der Programmentwurf berücksichtigt den OSTEN explizit im Abschnitt I „woher wir kommen, wer wir sind“ und im Abschnitt IV „Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“ in einem Unterabschnitt mit dem Titel „Förderung strukturschwacher Regionen, Verantwortung in Ostdeutschland.“

Der Entwurf bekennt sich zur besonderen Verantwortung der Partei für die Lebensinteressen der Menschen in den Neuen Bundesländern und er wendet sich deutlich gegen die mainstreamartig verordnete Delegitimierung der DDR (Klaus Kinkel hat diesen Begriff Anfang der 90-er Jahre geprägt.)

Dennoch sollte der Entwurf verändert werden, weil er in der historischen Bewertung der DDR und hinsichtlich des politischen Vermächnisses der PDS zumindest ungenau ist. Wenn im Entwurf steht, dass **im Osten** „der Sozialismusversuch die Lebensgeschichte der Menschen in widersprüchlicher Weise prägte“, ist dies eine lediglich geografische Verortung. Tatsächlich standen sich mit der DDR und der BRD die exponiertesten Staaten im Rahmen der Nachkriegs-Blockkonfrontation und im Kalten Krieg gegenüber. Den Sozialismusversuch verbinden die Menschen mit dem Begriff **DDR**, nicht mit der Formel „im Osten“. Die Vermeidung des Kürzels DDR erinnert ein wenig an die „DDR“.

Die Aussage „Die PDS erstarkte mit ihrem Anspruch, Interessen der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten“, ist nicht falsch, verkürzt aber den Anspruch der PDS, bundesweit Politik zu betreiben. Beispielsweise die Aussage der PDS nach dem 11. September 2001 „Krieg ist die falsche Antwort auf den Terror“ war keineswegs nur eine ostdeutsche Interessenvertretung.

Im Abschnitt „Reformprojekte...“ wird die Zukunftspotenz der Transformationserfahrungen im Osten verkannt und in der Verbindung zu „strukturschwachen Regionen“ im Grunde die Logik des gescheiterten Nachbau-Konzeptes der verschiedenen Bundesregierungen vertreten.

Demgegenüber plädieren wir für einen selbstbewussten OST-Anspruch... Erfahrungen aus der DDR und aus einer 20-jährigen Umbruchsituation sollen zum Nutzen der ganzen Republik produktiv und gesellschaftsverändernd eingebracht werden. Es wäre beispielsweise ein großer gesellschaftspolitischer Schritt, wenn die Kinderbetreuung im Westen auf Ostniveau gebracht werden könnte.

Mit dem Leitbild „Ostdeutschland 2020“ und den Jahresthesen 2010 zum deutschen Vereinigungsprozess sind hinreichend Quellen für eine Veränderung des „Ost-

Abschnittes“ in Inhalt und Gestus gegeben. Die Änderung des Programmentwurfes in diesem Sinne ist eine durchaus lösbare Aufgabe.

Zudem schlagen wir vor, im Abschnitt V „Gemeinsam für einen Politikwechsel“ im Unterabschnitt „Innerparteiliche Demokratie und Solidarität“ klarzustellen, dass die LINKE weiterhin in einem Vereinigungsprozess ist. Unterschiedliche Erfahrungen und verschiedene politische Bewegungsformen sollen gegenseitig akzeptiert und als gemeinsamer Gewinn verstanden und genutzt werden.